

**Niederschrift
über die 38. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses**

Sitzung am :	Montag, den 18.02.2013
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 18:30 Uhr

Anwesenheit:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Vorsitzender
Herr Bürgermeister Täschner

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Wolfgang Alboth
Herr Dieter Blechschmidt
Herr Ralf Bräunel
Herr Klaus Jäger
Herr Dieter Rappenhöner
Herr Karl-Jörg Rößiger
Herr Wolfgang Schoberth

Beratendes Mitglied

Herr Reinhold Dörfler
Herr Markus Löffler
Herr Danny Przisambor
Herr Manfred Reinhardt
Herr Thomas Salzmann

Stellvertretendes Mitglied

Herr Dr. Hartmut Seidel Vertretung für Herrn Thomas Fiedler

Abwesende:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Thomas Fiedler	entschuldigt
Herr Rico Kusche	unentschuldigt

Beratendes Mitglied

Herr Rüdiger Müller	entschuldigt
Herr Hardy Neumann	entschuldigt
Herr Günter Wetzell	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung:

<u>Name</u>	<u>Funktion</u>	<u>Anwesenheitsgrund</u>
Frau Schicker	FBL Bau und Umwelt	zu allen TOP
Frau Groß	Untere Denkmalschutzbehörde	zu allen TOP
Frau Schmidt	FG Umweltangelegenheiten	bis TOP 5.
Frau Grape	FG Umweltangelegenheiten	bis TOP 5.
Frau Fröbisch	GAV	bis TOP 5.
Herr Helbig	FBL Sicherheit und Ordnung	zu allen TOP
Herr Ullmann	FGL Tiefbau	zu allen TOP
Herr Merkel	FG Umweltangelegenheiten	bis TOP 5.

Weitere Sitzungsteilnehmer:

<u>Name</u>	<u>Anwesenheitsgrund</u>
Herr Grundke, Büro GAF mbH	bis TOP 3.
Herr Albrecht, Freie Presse	bis TOP 5.
Herr Piontkowski, Vogtland Anzeiger	bis TOP 5.

Tagesordnung - öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschriften über den öffentlichen Teil der 36. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 03.12.2012 sowie der 37. Sitzung am 21.01.2013
- 1.3. Beantwortung von Anfragen
2. Einwohnerfragestunde
3. Information
- 3.1. Vorstellen der Ergebnisse Lärmkartierung - Stufe 2, Ausblick auf Lärmaktionsplanung
Drucksachenummer: 651/2013
4. Vorberatung
- 4.1. Benennung einer Grünanlage in Wielandpark
Drucksachenummer: 654/2013
- 4.2. 4. Änderung der Grünanlagen- und Grünanlagengebührensatzung
Drucksachenummer: 652/2013
5. Verschiedenes

1. Eröffnung der Sitzung

Die 38. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses wird durch Herrn Täschner, Bürgermeister für den Geschäftsbereich I, in Vertretung des Oberbürgermeisters durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung für die 38. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses wird bestätigt.

1.2. Niederschriften über den öffentlichen Teil der 36. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 03.12.2012 sowie der 37. Sitzung am 21.01.2013

Herr Bürgermeister Täschner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 36. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 03.12.2012 fest.

Herr Helbig, Fachbereichsleiter Sicherheit und Ordnung, bittet um Änderung der Zahl der reduzierten Verkehrszeichen unter dem TOP 4. Verschiedenes der Niederschrift vom 21.01.2013. Es muss richtig heißen: Dadurch wurden 165 Verkehrszeichen in der Stadt Plauen reduziert.

Mit dieser Änderung wird die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 37. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 21.01.2013 bestätigt.

Für die Mitunterzeichnung der Niederschrift über den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil der 38. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses werden die Stadträte Ralf Bräunel, CDU-Fraktion, und Wolfgang Schoberth, FDP-Fraktion, vorgeschlagen und bestätigt.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Herr Stadtrat Rappenhöner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sagt, dass die Fraktion am 22.01.2013 einen Antrag auf Prüfung der ganzjährigen Nutzung des Weges durch das Preißelpöhl von der Straße Am Preißelpöhl zur Gluckstraße gestellt hat. Er möchte wissen, wann der Antrag im Ausschuss behandelt wird.

Frau Schicker, Fachbereichsleiterin Bau und Umwelt, antwortet, dass der Antrag im Stadtbau- und Umweltausschuss am 18.03.2013 auf der Tagesordnung stehen wird.

Herr Stadtrat Jäger, Fraktion Die LINKE., bedankt sich für die Beantwortung seiner Anfrage zu den illegalen Müllablagerungen. Ihm ist daran gelegen, dass in regelmäßigen Abständen über deren Verlauf informiert wird.

Herr Bürgermeister Täschner legt fest, dass zukünftig unter dem TOP Beantwortung von Anfragen bei neuen Erkenntnissen im Ausschuss informiert wird.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Neef, Dr.-Theodor-Brugsch-Str. 48, hat mehrere Anliegen. Es betrifft den Fußweg an der Neundorfer Straße, welcher nach wie vor sehr glatt ist. Er sagt, dass eine Übereinkunft getroffen worden war, dass im Winter intensiv gestreut wird, um die Oberfläche noch weiter anzu-rauen. Er hat es in diesem Winter in diesem Maße noch nicht so gesehen, dass intensiver gestreut wird, damit der Fußweg rauer wird.

Frau Schicker, Fachbereichsleiterin Bau und Umwelt, antwortet, dass der Fußweg Neundorfer Straße mehrfach untersucht wurde. Das Resultat eines Baustoffprüflabors war, dass das Pflaster den Anforderungen entsprechend der Rutschfestigkeitsklasse 3 erfüllt. Es besteht keine Möglichkeit der Abstumpfung aus Gewährleistungsgründen. Es ist Anliegerpflicht und man möge darauf achten, dass auch mit den geeigneten Mitteln abgestumpft wird.

Das nächste Anliegen ist die Straßenbeleuchtung am Neumarkt im Chrieschwitzer Hang. Zwischen dem Netto-Markt und dem gegenüber liegendem leerstehendem Gebäude führt in einer s-förmigen Kurve ein Fußweg zum Ärztehaus. Dieser Fußweg ist nicht beleuchtet. Er bittet um Prüfung, ob Lampen installiert werden können.

Diese Anfrage wird zur schriftlichen Beantwortung an die Gebäude- und Anlagenverwaltung weitergeleitet.

Die Plauener Straßenbahn hat seit letztem Jahr einen neuen Fahrplan im 12-Minuten-Takt eingerichtet. Einige Linienführungen haben mitunter sehr lange Übergangszeiten zwischen 8-10 Minuten. Sein Vorschlag wäre, z. B. am Wochenende die Fahrzeiten so zu verschieben, dass wirklich alle 12 Minuten ein Sammelanschluss entsteht, damit nicht mehr Züge eingesetzt werden müssen als heute. Es hätte den Vorteil, dass man genauso schnell vorankommt, als wenn ein Zug durchfahren würde.

Die Anfrage wird an die Plauener Straßenbahn zur schriftlichen Beantwortung weitergeleitet.

Wenn man vom Trefferknoten über die Röntgenstraße in Richtung Reusaer Straße geht, ist die Röntgenstraße sehr breit. Da kein Überweg vorhanden ist, ist es für Fußgänger nicht sicher. Er fragt, ob dort ein Überweg errichtet oder die Ampelanlage ausgebaut werden kann. Zur Überquerung der Röntgenstraße antwortet Herr Helbig, Fachbereichsleiter Sicherheit und Ordnung, dass in diesem Bereich keine Unfälle bekannt sind. Man kann die Röntgenstraße etwas weiter oben überqueren, wo sie schmaler ist. Kurzfristig lässt sich auch nicht die Ampelanlage aufgrund umfangreicher Baumaßnahmen erweitern.

Herr Bürgermeister Täschner ergänzt, wenn an dem Kreuzungspunkt Röntgenstraße eine Sanierung ansteht, so soll dies nochmals mit geprüft werden.

Herr Neef hat noch eine Anfrage zu dem Tagesordnungspunkt 3. Vorstellen der Ergebnisse der Lärmkartierung. Er möchte wissen, ob auch Schienenverkehrslärm mit Berücksichtigung findet. Die Beantwortung erfolgt unter dem TOP 3.

Herr Hornbogen hat in der Freien Presse gelesen, dass die Wismut Uran abgebaut und diese für den Straßenbau verwendet hat. Er möchte wissen, wo sind die Straßen und ob das Uran entfernt wird.

Frau Schicker, Fachbereichsleiterin Bau und Umwelt, antwortet, dass bekannt ist, dass solche Abfälle verwendet wurden, aber nicht von der Wismut sondern aus dem Bereich Zobes. Festgestellt wurde belastendes Material in der Kaiserstraße. Da diese Straße in diesem Jahr ausgebaut wird, wird das Material ausgebaut und fachgerecht entsorgt. Eine Kartierung für die Stadt Plauen, wo solche Straßen sind, gibt es nicht. Herr Ullmann, Fachgebietsleiter Tiefbau, erklärt, dass in Vorbereitung von Straßenbaumaßnahmen Baugrunduntersuchungen vorgenommen werden. Wenn es Verdachtsmomente gibt, erfolgt eine radiologische Untersuchung. Sollte belastendes Material gefunden werden, so ist festgelegt, wie das Material auszubauen, zu sichern und zu entsorgen ist.

Herr Stadtrat Alboth, Fraktion der SPD, ergänzt die Ausführungen von Herrn Ullmann. Dieses Material ist in den 70er Jahren als ganz normal klassifiziertes Straßenbaumaterial aus Zobes verkauft worden. Sobald das Material verbaut und eine 15 cm starke Decke darauf ist, kann man nicht mehr herausfinden, wo das Material eingebaut ist. Nur bei einer Freilegung kann festgestellt werden, wo strahlendes Material eingebaut wurde.

Herr Freitag hat Fragen zum Thema Radfahren in der Stadt Plauen. Er bedankt sich zunächst für die guten Hinweisschilder, wie man aus der Stadt herausfindet. Was noch verbesserungswürdig ist, ist die Beschilderung der Fußwege, welche für Radfahrer zugelassen sind und die Hinweise an den Fußgängerzonen. Diese sind recht unterschiedlich. In Plauen gibt es viele breite Fußwege, welche das Radfahren zulassen würden, aber nicht beschildert sind. Das bedürfte einer Bestandsaufnahme im Zusammenhang mit der Feststellung des Fußgängerverkehrs.

Des Weiteren hat er eine Frage zur Fußgängerzone in der Bahnhofstraße. Wie ist das noch zu kontrollieren, wenn er am Albertplatz feststellt, dass hier die Fußgängerzone beginnt und durch ein Hinweisschild der Radfahrer Schrittgeschwindigkeit fahren muss. Dies ist nicht mehr erkennbar für den Radfahrer, welcher aus der Jößnitzer Straße kommt und in die Bahnhofstraße einbiegt. Hier ist ein Hinweisschild, dass er in eine Fußgängerzone fährt. Dort müsste eigentlich der Radfahrer absteigen. In einer Fußgängerzone wird nicht Fahrrad gefahren. An der Windmühlenstraße steht wieder ein Zusatzschild, das Fahrrad gefahren werden darf. Wieder unterschiedlich ist es an der Jägerstraße, an der Krausenstraße und an der Gottschaldstraße. Es sollte eine einheitliche Regelung gefunden werden.

Herr Helbig, Fachbereichsleiter Sicherheit und Ordnung, antwortet, dass die Fußgängerzone freigegeben ist für den Fahrradverkehr. Der Fußgänger hat sich genauso zu verhalten, wie jeder andere Verkehrsteilnehmer in der Fußgängerzone. Die einheitliche Beschilderung mit dem Zusatzschild „Radfahrer Schritt fahren“ wird überprüft und ausgeführt. Zu den Beschilderungen der Fußwege generell erscheint noch in diesem Jahr eine neue Straßenverkehrsordnung mit neuen Bestimmungen zu Fahrrad fahren und Fußwege. Ein Fahrradweg darf nur unter ganz bestimmten Bedingungen auf dem Fußweg ausgewiesen werden. Nach Veröffentlichung der neuen Straßenverkehrsordnung ist die Verwaltung verpflichtet, alle Beschilderungen zu überprüfen.

Auf die Frage von Herrn Freitag zur Kontrollpflicht des Fahrradfahrens in der Fußgängerzone Bahnhofstraße antwortet Herr Helbig, Fachbereichsleiter Sicherheit und Ordnung, dass er dies an die Polizeibehörde weitergeben wird. In der Stadt Plauen gibt es jetzt fünf Bürgerpolizisten. Mit diesen wird ein Gespräch geführt, dass Kontrollen durchgeführt werden.

Frau Unglaub möchte wissen, ob die Möglichkeit besteht, dass Rollstuhlfahrer den Parkplatz des Volvo-Autohauses überqueren können, damit diese und auch Behinderte die Treppe nicht an der Stresemannstraße benutzen müssen.

Herr Ullmann, Fachgebietsleiter Tiefbau, sagt, dass dieses Problem schon in der Planungsphase bestand. Mit dem Autohaus wurde damals bereits gesprochen und es gab keine Einwände, wenn Personen das Autohaus durchquerten. Die Verwaltung hat keine Möglichkeit, einen öffentlichen Weg über das Grundstück ohne Einwilligung des Eigentümers zu legen. Es ist auch nicht bekannt, dass es Probleme gibt, wenn jemand dort durchfährt.

Herr Bürgermeister Täschner schlägt vor, dass sich das Fachgebiet Tiefbau mit dem Eigentümer des Autohauses in Verbindung setzt, ob die Möglichkeit besteht, ein Hinweisschild anzubringen, dass das Grundstück durchquert werden darf.

Ein Anwohner der Gartenstraße hat in der Presse gelesen, dass dieses Jahr die Gartenstraße komplett saniert wird. Im Mitteilungsblatt der Stadt Plauen hat er aber gelesen, dass die Gartenstraße von der Ostenstraße bis zur Seestraße, also nur das untere Drittel, saniert wird. Was ist richtig?

Herr Ullmann, Fachgebietsleiter Tiefbau, antwortet, dass die Instandsetzung der Gartenstraße in zwei Bauabschnitten erfolgt. Der Abschnitt Osten- bis Seestraße wird 2013 saniert und 2014 bis Dittrichplatz fortgesetzt.

3. Information

3.1. Vorstellen der Ergebnisse Lärmkartierung - Stufe 2, Ausblick auf Lärmaktionsplanung Drucksachenummer: 651/2013

Frau Schicker, Fachbereichsleiterin Bau und Umwelt, erklärt, dass bis 2007 die Lärmkartierung für Hauptverkehrsstraßen mit einer Belastung über 6 Mio. Kfz und bis 30.06.2012 die Lärmkartierung in einer zweiten Stufe für all die Straßen, die 3 Mio. Kfz und darüber aufweisen, durchgeführt wurde. Mit der Untersuchung wurde das Büro GAF mbH Zwickau beauftragt. Herr Grundke, vom gleichnamigen Büro, stellt die Ergebnisse anhand einer Präsentation der Lärmkartierung – Stufe 2 sowie einen Ausblick auf die Lärmaktionsplanung den Ausschussmitgliedern vor.

Die Anfrage von Herrn Neef, ob der Schienenverkehrslärm mit kartiert ist, verneint Herr Grundke. Nur für Schienenverkehrslärm der Deutschen Bahn AG bei Strecken mit erhöhtem Verkehrsaufkommen ist es vorgesehen, welcher aber nicht die Stadt Plauen betrifft.

Der Power-Point-Vortrag sowie der Bericht zur Lärmkartierung werden den Fraktionen digital zur Verfügung gestellt.

4. Vorberatung

4.1. Benennung einer Grünanlage in Wielandpark - Drucksachenummer: 654/2013

Frau Schicker, Fachbereichsleiterin Bau und Umwelt, erläutert die Vorlage.

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer: 654/2013 zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Benennung der Grünanlage entlang des Weges von der Wielandstraße zur Martin-Luther-Straße zwischen Bahngelände und Martin-Luther-Straße (gemäß Anlage zur DS-Nr. 654/2013, grün schraffiert) in „Wielandpark“.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

**4.2. 4. Änderung der Grünanlagen- und Grünanlagegebührensatzung
Drucksachenummer: 652/2013**

Herr Merkel, Fachgebiet Umweltangelegenheiten, erläutert die Vorlage.

Die Mitglieder des Stadtbau- und Umweltausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachenummer: 652/2013 zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Satzung zur 4. Änderung der Satzung über die Benutzung der öffentlichen Grünanlagen der Stadt Plauen und die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Grünanlagen der Stadt Plauen (Grünanlagen- und Grünanlagegebührensatzung).

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

5. Verschiedenes

Frau Schicker, Fachbereichsleiterin Bau und Umwelt, informiert die Ausschussmitglieder über ein Schreiben des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft vom 17.01.2013 zur Umsetzung der Kleinkläranlagenverordnung, welches dem Zweckverband Wasser und Abwasser Vogtland zugesandt und an die Stadtverwaltung weitergeleitet wurde. Der Verbandsvorsitzende des Zweckverbandes Wasser und Abwasser Vogtland, Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer, hatte sich an den Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft, Herrn Frank Kupfer, mit der Nachbesserung der Kleinkläranlagenverordnung gewandt. Dies wurde vom Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft mit folgenden Gründen abgewiesen: Die Anpassung der öffentlichen Kläranlagen und Kanäle sowie der Kleinkläranlagen an den Stand der Technik bis Ende 2015 ist seit langem gefordert. Das ergibt sich sowohl aus nationalen Verpflichtungen als auch aus der europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Es wurde dargelegt, dass die Frist, die Amortisationszeit von Kleinkläranlagen, die vor 15 Jahren errichtet wurden, also vor 1990, längst abgelaufen ist. Man kann damit neue Maßstäbe setzen. Der Freistaat Sachsen ist unter anderem durch Regelungen im Sächsischen Wassergesetz, durch Erlasse und zuletzt durch die Kleinkläranlagenverordnung vom 19.06.2007 seiner Verpflichtung zur Umsetzung des Bundesrechts nachgekommen. Diese Regularien setzen als Ende der Frist den 31.12.2015. Andere Bundesländer haben teilweise sehr viel kürzere Fristen festgelegt. So wurde in Sachsen Anhalt der 31.12.2009 und in Mecklenburg-Vorpommern der 31.12.2013 fixiert. In Abhängigkeit der ortskonkreten Entsorgungsvariante von der Förderhöhe hat das Sächsische Umweltministerium wiederholt darauf hingewiesen, dass die öffentlichen Mittel nicht dazu verwendet werden, unwirtschaftliche Varianten zu fördern. Das heißt, mit dieser Kleinkläranlagenumstellung auf die vollbiologischen Kleinkläranlagen sollen lokale Varianten gefördert werden. Die hohe Kostenbelastung für kleinere Haushalte liegt in der Verantwortung des Zweckverbandes. Er kann seine Satzung an die geänderten Bedingungen anpassen und so eine gerechtere Verteilung erwirken. Es wurde nochmals darauf hingewiesen, dass an dem Ziel der Anpassung aller Abwassereinleitungen an den Stand der Technik bis 31.12.2015 der Aufgabenträger keine Zweifel gegenüber dem Bürger zulassen soll.

Mit den geplanten Änderungen des Sächsischen Wassergesetzes hat der Gesetzgeber die Regelungen geschaffen, dass alle Wasserrechte erlöschen, die nicht auf dem Stand der Technik sind. Es soll zur Entlastung der Wasserbehörden im Gegenzug ein vereinfachtes Verfahren zur Zulassung von Kleinkläranlagen durchgeführt werden, so dass auch diese entsprechend verwaltungstechnisch sehr schnell umgesetzt werden können. Der Minister hat dem Oberbürgermeister bzw. dem Verbandsvorsitzenden nochmals ein Gespräch mit der Abteilung Wasser, Boden und Wertstoffe in seinem Haus angeboten.

Herr Stadtrat Rappenhöner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, fragt an, ob das Schreiben den Fraktionen zugestellt werden kann. Dem wird zugestimmt.

Frau Schicker, Fachbereichsleiterin Bau und Umwelt, schlägt vor, Herrn Scharch vom Zweckverband Wasser und Abwasser Vogtland in einen der nächsten Stadtbau- und Umweltausschüsse einzuladen. Dem wird zugestimmt.

Frau Grape, Fachgebiet Umweltangelegenheiten, informiert die Ausschussmitglieder über den derzeitigen Stand des Hammerparkprojektes. Anhand einer Präsentation erklärt sie die vorgesehenen Maßnahmen. Diese sind die Offenlegung und Renaturierung des Milmesbaches, die Teichentschlammung, die Neugestaltung des Zu- und Ablaufs, der Ausbau der Wege als Rad- und Fußweg, die Beleuchtung, die Errichtung eines Umweltstützpunktes sowie die Instandsetzung eines Notwasserbrunnens. Insgesamt werden 316 m Milmesbach renaturiert, 430 m Geh-/Radweg und 300 m Gehweg gebaut.

Bis zum 28.02.2013 sind die erforderlichen Baumfällarbeiten auf Grund der beginnenden Vogelbrutzeit im Parkgelände abzuschließen. Insgesamt wird es notwendig, ca. 200 Bäume zu fällen. Frau Grape informiert anhand von Lageplänen und den dazugehörigen Bildern über die Fällungen. Folgende Abschnitte wurden dargestellt:

1. Baustellenzufahrt, Fällung von ca. 20 Bäumen
2. Offenlegung Milmesbach: ca. 130 Bäume
3. Geh- und Radwege: ca. 40 Bäume

Insgesamt wurden folgende Fällungen öffentlich ausgeschrieben:

- 109 Bäume Ø 0,1 bis 0,3 m
- 60 Bäume Ø 0,3 bis 0,5 m
- 20 Bäume Ø 0,5 bis 0,75 m

Die Notwendigkeit der Fällungen im Zuge der Baumaßnahme, besonders bei der Offenlegung und Renaturierung des Milmesbaches, konnte überzeugend dargestellt werden. Weiterhin wurden die geplanten Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung des Parks kurz dargestellt. Es sind 100 Ersatzpflanzungen im Hammerpark und dem zukünftigen Park Reusa geplant, der Einsatz ingenieurbioologischer Bauweisen am Gewässer, verbunden mit den notwendigen Baumpflanzungen vorgesehen. Die Pflanzung von Heckenstrukturen im Parkgelände wurde als eine ökologisch wertvolle Maßnahme vorgestellt, weiterhin sind einzelne Biotopbäume zu erhalten und für die Umweltarbeit zu nutzen.

Einzelne Bäume entlang des südlichen Weges am Hammerteich und eine Esche am Milmesbach sollen vorerst erhalten, die eventuelle Fällung im Zuge der Baumaßnahme überprüft werden.

Herr Stadtrat Rappenhöner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, findet es sehr wichtig, dass Hecken auf der Seite der Sauinsel gepflanzt werden.

Herr Stadtrat Schoberth, Fraktion der FDP, möchte wissen, was mit den gefälltten Bäumen geschieht. Frau Grape, Fachgebiet Umweltangelegenheiten, antwortet, dass dies ausgeschrieben wurde und wer diese gewonnen hat, wird das Holz energetisch verwerten. Da die Verwaltung angehalten ist, Kosten zu sparen, konnte eine sehr gute Ausschreibung realisiert werden.

Herr Stadtrat Dr. Seidel, Fraktion der SPD, möchte wissen, wie der Stand des Projektes in As ist. Frau Grape, Fachgebiet Umweltangelegenheiten, antwortet, dass As etwas weiter als Plauen ist. As hat eine Ausschreibung gemacht und vor zwei Wochen sollte der Stadtrat darüber beschließen. Über das Ergebnis gibt es noch keine Information. Geplant ist, dass As am 01.03.2013 und Plauen am 01.07.2013 beginnt. Der Waldpark in As, welche die kleinere Maßnahme ist, wird zuerst fertig sein. Das wichtigste dieses Projektes ist die gemeinsame Zusammenarbeit mit Schulen sowie dem Anglerverein, deswegen wird auch der Umweltstützpunkt im Hammerpark errichtet.

Herr Stadtrat Rappenhöner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sagt, dass am 27. April 2013 der Tag der erneuerbaren Energien in Oelsnitz stattfindet. Er möchte wissen, ob die Stadt Plauen an diesem Tag ebenfalls etwas vorgesehen hat.

Frau Schicker, Fachbereichsleiterin Bau und Umwelt, antwortet, dass sich die Stadt Plauen am Tag der erneuerbaren Energien in Oelsnitz mit beteiligen wird.

Herr Stadtrat Rappenhöner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hat eine Anfrage zur radioaktiven Belastung von Wegen. Er möchte wissen, ob es Wegeführungen im Stadtgebiet gibt, wo an der Oberfläche Material aus Zebes lagert.

Frau Schicker, Fachbereichsleiterin Bau und Umwelt antwortet, dass ihr nichts darüber bekannt ist. Sie wird sich mit dem Stadtwegemeister in Verbindung setzen. Es werden in regelmäßigen Abständen die Wege auf ihren Zustand überprüft. Wenn wieder eine Begehung der Wege durchgeführt wird, soll ein Prüfgerät zum Einsatz kommen.

Herr Stadtrat Rappenhöner, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sagt, dass ein Schreiben von der Familie Zoberei zum schlechten Zustand der Turnhalle Kemmlerschule (Löcher in der Dachrinne) an die Fraktion ging. Er möchte wissen, wie die Mängel abgestellt werden.

Herr Bürgermeister Täschner antwortet, dass die von oben kommende Dachrinne über das Garagendach entwässert wird. Darüber hinaus kam ebenfalls zur Sprache, dass es teilweise noch Sportgeräte aus DDR-Zeiten gibt, welche aber noch zulässig sind. Durch eine Firma werden regelmäßig diese Sportgeräte überprüft. Nach Rücksprache mit der Gebäude- und Anlagenverwaltung ist es möglich, dass man mit wenig Geld einige Reparaturen vornehmen kann, wie z. B. Überarbeitung des Parketts, Putzausbesserungen sowie Farbanstriche. Zurzeit werden Planungsunterlagen für die Beantragung von Fördermitteln vorbereitet, mit dem Ziel, 2014/2015 die Turnhalle instand zu setzen.

Herr Stadtrat Blechschmidt, Fraktion der CDU, hat in der Freien Presse vom 16.03.2013 den Artikel „Parkplätze vorm Kopfhaus vom Tisch“ gelesen. Er hätte sich schon gewünscht, solche wesentlichen Entscheidungen im Ausschuss zu besprechen. Im Stadtbau- und Umweltausschuss am 18.03.2013 ist das Thema Bahnhofstraße auf der Tagesordnung. Darüber sollte noch einmal diskutiert werden.

Frau Schicker, Fachbereichsleiterin Bau und Umwelt antwortet, dass es im Finanzausschuss eine Abstimmung zum Haushalt gab. Die Gelder, die für die Maßnahme Bahnhofstraße zur Beplanung im oberen Bereich vorgesehen und für die Ausführung im Jahr 2014 eingesetzt waren, stehen nun für die gesamte Aufwertung der Bahnhofstraße zur Verfügung. Das war die Entscheidung im Finanzausschuss und auch im Stadtrat. Im Stadtbau- und Umweltausschuss am 18.03.2013 wird dies nochmals ausführlich erörtert.

Herr Ullmann, Fachgebietsleiter Tiefbau, informiert die Ausschussmitglieder über den Baustand Straßenüberführung B 92, Elsterberger Straße. Das Vorhaben wird sowohl von der Deutschen Bahn AG als auch vom Landesamt für Straßenbau und Verkehr, welches Auftraggeber und Vorhabenträger ist, getragen. Den Auftrag erhielt die Sächsische Bau GmbH mit der Niederlassung in Neuensalz. Nach Einrichtung der Vollsperrung am 28.01.2013 ist der Verbau eingebaut worden. Weitere Bautätigkeiten waren der Aushub, die Errichtung der Fußgängerbrücke mit der Elt-Umverlegung Enviva und die Entfernung der Brückenaufbauten. In der letzten Nacht wurden die ersten Arbeiten im Gleisbereich begonnen. Ab 19.02.2013 wird der Überbau entfernt.

Die Verwaltung hat die Möglichkeit, an den Bauberatungen teilzunehmen. Das Fachgebiet Tiefbau erhält wöchentlich Auszüge aus dem Beratungsprotokoll zum Bautenstand, so dass Einfluss genommen werden kann, wenn Terminstellungen in Gefahr sein sollten.

Plauen, den

Plauen, den

Täschner
Bürgermeister

Ralf Bräunel
Stadtrat

Plauen, den

Plauen, den

Seidel
Schriftführerin

Wolfgang Schoberth
Stadtrat